

zu leisten hat, kann man nur mit Menschen lösen, die Klarheit in ihren Köpfen besitzen. Das gilt in erster Linie für unsere Genossen. Ihr alle wißt, daß auf Grund der altersmäßigen Zusammensetzung die Wohnparteiorganisationen nicht so stark und aktiv sind, wie das in den Betrieben der Fall ist. Deshalb ist jede Unterstützung und Hilfe durch Genossen aus den Betrieben und staatlichen Organen wichtig und wird dankbar begrüßt.

Wie sieht es in der Praxis damit aus? In Eichwalde wohnen schätzungsweise 300 bis 400 Mitarbeiter des Staatsapparates, darunter viele leitende Mitarbeiter. Bekannt sind uns davon etwa 50, aktiv arbeiten 30.

Welche großen Möglichkeiten beständen hier? Offensichtlich gibt es nicht wenige Genossen, die ein zweigeteiltes Leben führen. Von 8 bis 17 Uhr leisten sie ihre betriebliche oder staatliche Aufgabe, dann sinken sie in ein unbekanntes, neutrales Privatleben zurück und sind für die Partei nicht mehr da. Wir haben den Eindruck, daß es in manchen Köpfen etwa so aussieht: Eine zufriedenstellende Stellung habe ich, das Gehalt stimmt auch, eine Wohnung habe ich erhalten — für mich ist die soziale Frage gelöst. Wir begrüßen deshalb die Maßnahmen der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation des Ministeriums der Finanzen vom 25. und 26. April 1958. Dort wurde die Verpflichtung zur regelmäßigen aktiven Mitarbeit im Wohngebiet festgelegt. Die Erfüllung wird durch die Leitungen der Abteilungsparteiorganisationen kontrolliert. In Eichwalde arbeiten eine ganze Reihe von Genossen dieses Ministeriums teilweise seit über zehn Jahren aktiv in den Wohngebieten, in den Kommissionen, in Aktivs und in den Ausschüssen der Nationalen Front. Man sieht also, daß es durchaus geht.

Wie haben wir in der Wohnparteiorganisation die Mitglieder aktiviert? Nachdem wir lange Zeit hindurch säumige Mitglieder eingeladen, sie persönlich aufgesucht haben und dabei nichts herauskam, haben wir mit Unterstützung von Genossen aus Berliner Parteiorganisationen ein persönlich gehaltenes Schreiben verfaßt und an neun Mitglieder versandt. In diesem Schreiben haben wir an Hand des Statuts auf die Parteipflichten hingewiesen und dann das bisherige Verhalten des angesprochenen Genossen im einzelnen auf gezeigt. Wir haben diesen Genossen erklärt, daß die Partei die persönliche Lage des einzelnen durchaus berücksichtigt, daß sie aber kein Verständnis dafür hat, wenn sich jemand von der Partei isoliert, ihr fremd wird und sein gesamtes Verhältnis zur Partei nur noch ein formales ist. Auf Grund dieses Schreibens wurden die in Frage kommenden Mitglieder zur Aussprache vor die Mitgliederversammlung geladen. Die Briefe selbst waren vorher durch den Sekretär persönlich übergeben worden. In der Mitgliederversammlung zeigte sich, daß die prinzipielle und harte Aussprache dazu beitrug, daß eine Reihe von Genossen offen ihre Fehler einsahen und erklärten, daß dieser Rippenstoß voll berechtigt gewesen sei. Diese Genossen werden wir durch kameradschaftliche Hilfe und weitere Aussprachen wieder eng an die Partei heranzuführen.

Aber es gab auch eine andere Seite. Was soll man dazu sagen, wenn die Frau eines leitenden Mitarbeiters unserer Wirtschaft selbst um ihre Streichung ersuchte? Wie muß der ideologische Zustand in der Familie sein, wie muß die Einwirkung des Mannes sein, wenn seine Frau sang- und klanglos gestrichen zu werden wünscht und nicht darum kämpft, ihre Einstellung zur Partei zu verbessern und in den Reihen der Partei zu bleiben? Die Mitgliederversammlung zog die richtige Schlußfolgerung und beauftragte zwei Genossen, sich mit der Parteiorganisation des Mannes in Verbindung zu setzen.

Wir wissen, daß wir unsere Bemühungen um jeden einzelnen Genossen unablässig fortsetzen müssen. Das bedarf einer ständigen intensiven Kleinarbeit. Abschließend möchte ich hierzu sagen, daß wir uns stets an die Worte Lenins halten sollten: „Verachtet nicht die Kleinarbeit, aus dem Kleinen wächst das Große.“ Ich möchte sagen, daß ich mit über 70 Jahren noch zu jeder Stunde bereit bin, einen Parteauftrag zu erfüllen, wenn die Partei mich ruft.